

Neue Studie zeigt: Hohe Kosten belasten den Schweizer Detailhandel

Swiss Retail fordert Abbau unnötiger Vorschriften

Gemäss einer neuen Studie von BAKBASEL haben die Detailhandelsunternehmen in der Schweiz im Durchschnitt über 50 Prozent höhere Kosten als ihre Konkurrenten in Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich zu tragen. Damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Schweiz bleiben, fordert Swiss Retail ein Moratorium für neue Handelshemmnisse, die Reduktion des Ausnahmekatalogs zum Cassis-de-Dijon-Prinzip und die Aufhebung der Bewilligungspflicht für Lebensmittel sowie die Vereinfachung von Produktedeklarationen.

Heute erscheint die Studie «Die Kosten des Schweizer Detailhandels im internationalen Vergleich», die das Forschungsinstitut BAKBASEL im Auftrag der Swiss Retail Federation durchgeführt hat. Das Resultat: Schweizer Detailhändler tragen über 50 Prozent höhere Kosten als ihre Konkurrenten in den Nachbarländern. Oder in die umgekehrte Richtung gerechnet: Für die Bereitstellung eines vergleichbaren Angebots haben die Nachbarländer bei den Beschaffungs-, Vorleistungs- und Arbeitskosten im Durchschnitt einen Kostenvorteil von 35 Prozent. Die Datengrundlage der Studie bezieht sich auf das Jahr 2015.

Den grössten Kostenvorteil unter den Vergleichsländern hat Deutschland mit einer Differenz von 40 Prozent, gefolgt von Italien mit 39 Prozent. Etwas kleiner fallen die Unterschiede mit rund 30 Prozent gegenüber Frankreich und Österreich aus. Knapp zwei Drittel der Kostenunterschiede zum Ausland sind auf die Kosten für die Beschaffung der angebotenen Waren zurückzuführen, den zweitgrössten Beitrag liefern mit rund einem Drittel die sog. Vorleistungskosten (z.B. Mietkosten, Transportkosten, Energiekosten, etc.).

Wenn über die Kosten hinaus weitere preisbestimmende Faktoren wie die tiefere Mehrwertsteuer – der einzige Vorteil der Schweizer Unternehmen – berücksichtigt werden, reduziert sich die Differenz leicht auf durchschnittlich 31 Prozent (Deutschland 36, Frankreich 27, Italien 35, Österreich 25). Indizien für stark überdurchschnittliche Gewinne der Schweizer Detailhändler gegenüber ihren ausländischen Mitbewerbern ergibt die Studie keine, weshalb sie deren Rolle als Ursache der Hochpreisinsel als klein bis unbedeutend einstuft.

Gemäss Berechnungen von BAKBASEL ist das Preisniveau im Schweizer Detailhandel seit der Jahrtausendwende um 8 Prozent gesunken: Inflationsbereinigt war ein durchschnittlicher Detailhandels-Warenkorb 2016 so günstig wie seit 1990 nicht mehr. Gleichzeitig stiegen die Detailhandelspreise in den Nachbarländern deutlich an.

Schnell umsetzbare Massnahmen gegen hohe Kosten und Preise in der Schweiz

Der Schweizer Detailhandel steht über die Landesgrenzen hinweg in einer Konkurrenzsituation. Das zeigt das hohe Volumen an Auslandeinkäufen in Grenzregionen, aber auch im ausländischen Onlinehandel. Swiss Retail fordert deshalb eine Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung in der Schweiz zu erhalten. Im Zentrum steht dabei der Kampf gegen Handelshemmnisse. Das beste Mittel gegen hohe Preise ist ein möglichst freier Wettbewerb. Handelshemmnisse behindern den Import von Produkten und stützen damit hohe Preise und Marktsegmentierung.

Im Vordergrund stehen für Swiss Retail die folgenden Forderungen:

1. Trotz dem Wissen um die hohen Kosten und Preise in der Schweiz schafft die Politik immer wieder neue Handelshemmnisse und verschärft damit die Problematik weiter. Swiss Retail spricht sich für ein **Moratorium auf die Einführung neuer Handelshemmnisse** aus und fordert insbesondere, auf unnötige Schweizer Spezialvorschriften zu verzichten, welche die Produkte verteuern.
2. Seit Mitte 2010 gilt in der Schweiz das Cassis-de-Dijon-Prinzip. Demnach können Produkte, die in der EU bzw. im EWR rechtmässig in Verkehr sind, grundsätzlich auch in der Schweiz ohne vorgängige Kontrollen frei zirkulieren. Es besteht dazu aber ein umfangreicher Ausnahmekatalog, der die preissenkende Wirkung des Prinzips stark einschränkt. Swiss Retail fordert, dass **die unzähligen Ausnahmen reduziert werden**. Der Bundesrat hat in Aussicht gestellt, den bestehenden Ausnahmekatalog zum Cassis-de-Dijon-Prinzip zu überprüfen und negative volkswirtschaftliche Auswirkungen der Ausnahmen zu reduzieren. Swiss Retail verlangt, dass den Worten Taten folgen.
3. Für Lebensmittel gilt heute eine Bewilligungspflicht. Trotz grundsätzlicher Anwendung des Cassis-de-Dijon-Prinzips besteht so in diesem zentralen Bereich ein Handelshemmnis. Swiss Retail fordert die **Aufhebung der Bewilligungspflicht für Lebensmittel**. Der Bundesrat hat per Ende Jahr eine Vernehmlassung in Aussicht gestellt, wie die Bewilligungspflicht durch eine Meldepflicht ersetzt werden könnte. Swiss Retail stellt sich gegen ein administrativ aufwendiges neues System.
4. Im Bereich Produktedeklarationen bestehen in der Schweiz zahlreiche Abweichungen vom EU-Recht, insbesondere spezielle Deklarationserfordernisse bei Lebensmitteln. Dies behindert den Handel und zementiert die Hochpreisinsel. Der Bundesrat will bis Ende Jahr eine Vorlage zur **vereinfachten Deklaration von Produktinformationen** in die Vernehmlassung schicken. Swiss Retail wird dieses Anliegen unterstützen und fordert eine zügige Umsetzung.

Mit dem entsprechenden politischen Willen sind diese Massnahmen schnell umsetzbar. Sie würden umgehend einen Beitrag zur Senkung der hohen Kosten und Preise im Schweizer Detailhandel leisten.

Weitere Auskünfte erteilen:

Dagmar Jenni, Geschäftsführerin Swiss Retail, 031 312 40 40, dagmar.jenni@swiss-retail.ch.
Für Fragen zur Studie: Michael Grass, BAKBASEL, 061 279 97 23, michael.grass@bakbasel.com.

Die vollständige Studie steht auf www.swiss-retail.ch zum Download bereit.

Swiss Retail – der mittelständische Detailhandelsverband

Die Swiss Retail Federation ist der Verband der mittelständischen Detailhandelsunternehmen (stationär und online) in der Schweiz. Unter ihren Mitgliedern sind Warenhäuser, Fachmärkte und Fachgeschäfte, Verbraucher- und Abholmärkte, selbstständige Detaillisten, Food-Fachhändler und Kioske. Sie bieten insgesamt rund 40'000 Arbeitsplätze an und weisen einen jährlichen Umsatz von ca. 12 Mia. Franken auf.

Die Organisation wurde Ende der 30er-Jahre als Verband der schweizerischen Waren- und Kaufhäuser gegründet. Sie erbringt zahlreiche Dienstleistungen für ihre Mitglieder und vertritt deren politische Interessen auf nationaler Ebene.